

DIE LINKE UND DIE „ENTHEMMTE MITTE“

**LEIPZIGER „MITTE-STUDIE“ 2016:
DEUTLICHE VERÄNDERUNGEN IM WÄHLER-
POTENZIAL DER LINKSPARTEI**

HORST KAHR
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
kahrs@rosalux.de

INHALTSVERZEICHNIS

Soziale Zusammensetzung	3
Ablehnung und Zustimmung zu rechten Einstellungsmustern nach Parteipräferenz	4
Einstellungsdimensionen Rechtsextremismus	4
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	6
Verbreitung des „PEGIDA-Syndroms“	7
DIE LINKE und die „politischen Milieus“	9
LINKE und AfD – Rechte Einstellungen	11
Nichtwähler und Unentschlossene – Potential für DIE LINKE?.....	15
Zusammenfassung	17

Nachweis: Alle Zitate, Seitenzahlen und Ergebnisse, soweit nicht ausdrücklich anders angegeben, sind entnommen: Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.): Die enthemmte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Leipzig und Gießen 2016.

Die alle zwei Jahre erscheinenden »Mitte-Studien« aus Leipzig¹ untersuchen nach der Ausbreitung rechtsextremer und menschenfeindlicher Einstellungen in der Gesellschaft auch die Verteilung dieser Einstellungen bei der »Sonntagsfrage«. Dann lassen sich Aussagen bilden wie:

(1) der Anteil der Personen mit rechtsextremen, antidemokratischen, autoritären, menschenfeindlichen Einstellungen, die die Partei X wählen würden, beträgt Y Prozent dieser Personengruppe;

(2) unter den Personen, die sich bei der »Sonntagsfrage« für die Partei X entschieden, waren Y Prozent mit rechtsextremen usw. Einstellungen.

Das Erscheinen der Alternative für Deutschland (AfD) auf der politischen Bühne wirkte und wirkt wie ein Magnet auf Personen mit rechten Einstellungsmustern, die bisher durch andere Parteien gebunden waren. Diese Wirkung kann die aktuelle Studie 2016 »Enthemmte Mitte« relativ gut erfassen, da die Befragungen im Februar und März in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu den Landtagswahlen durchgeführt wurden.

In diesem Papier werden insbesondere die Befunde über Personen, die DIE LINKE bei der »Sonntagsfrage« bevorzugten, zusammengestellt und knapp bewertet.

SOZIALE ZUSAMMENSETZUNG

DIE LINKE war bei der Befragung im Frühjahr 2016 die Partei, die nach den Grünen den höchsten Abiturientenanteil unter ihren Anhängern hatte. Innerhalb von wenigen Jahren hat er sich verdoppelt, was nicht zwingend auf eine wachsende Zahl von Abiturienten unter den Befragten bzw. den Anhängern der LINKEN deutet, sondern ebenso auf eine zurückgehende Zustimmung unter Personen mit einem formal niedrigeren Schulabschluss. Tatsächlich ist die Zustimmung für die Partei 2013 deutlich gesunken, sodass von einer weit überdurchschnittlichen Abwendung von Personen mit einem formalen Bildungsgrad »unterhalb« des Abiturs ausgegangen werden muss.

Parteipräferenzen, jeweiliger Anteil der Befragten mit Abitur (in %)				
	2012	2013 (Sommer)	2014 (Frühjahr)	2016 (Frühjahr)
CDU/CSU	16,8	18,6	16,4	22,5
SPD	12,9	14,9	18,6	19,0
FDP	25,9	26,2	36,1	33,3
DIE LINKE	18,3	23,8	35,5	35,9
Grüne	29,5	34,9	43,5	40,7
AfD			21,2	16,2
NPD			13,0	
Piraten	29,0	25,0	37,9	
Rechte Parteien	10,0	16,7		

Quelle: »Mitte-Studie« Leipzig, jeweilige Jahrgänge; für 2013: Elmar Brähler, Die Parteien und das Wählerherz, Leipzig 2013

Dieser Rückgang korrespondiert mit den rückläufigen Zustimmungswerten unter erwerbstätigen Facharbeitern und -angestellten, Personen mit einer betrieblichen Berufsausbildung, unter denen die AfD jüngst ihre besten Ergebnisse erzielte.

¹ Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hrsg.), Die enthemmte Mitte, Leipzig 2016 (Gießen 2016)

In diese Richtung deutet auch die veränderte Zusammensetzung der Anhängerschaft der Linkspartei mit Blick auf das Haushaltseinkommen: Der Anteil der Personen mit einem mittleren Haushaltseinkommen ist lag der Bundestagswahl 2013 deutlich niedriger als zuvor.

	Anhänger DIE LINKE nach Haushaltseinkommen		
	monatliches Haushaltsnettoeinkommen		
	bis 1000 €	1000-2500 €	über 2500 €
Frühjahr 2012	6,8	62,4	30,8
Sommer 2013	13,1	63,1	23,8
Frühjahr 2014	14,3	51,0	34,7
Frühjahr 2016	12,3	55,4	32,3

Quelle: wie oben. Ab 2016 Grenze bei 1.250 € statt 1.000 €

ABLEHNUNG UND ZUSTIMMUNG ZU RECHTEN EINSTELLUNGSMUSTERN NACH PARTEIPRÄFERENZ

EINSTELLUNGSDIMENSIONEN RECHTSEXTREMISMUS

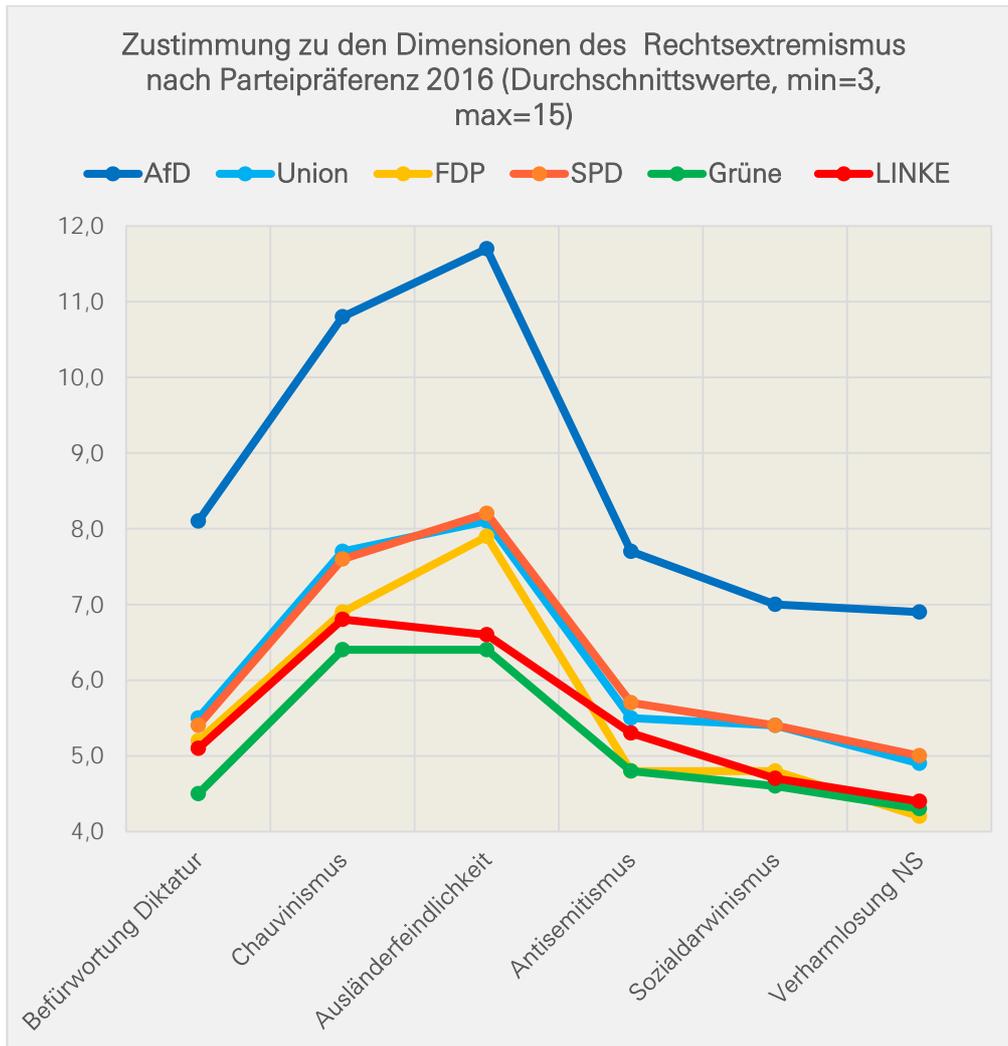
Die Durchschnittswerte, die für die Anhänger der Linkspartei in den sechs Dimensionen rechtsextremistischer Einstellungen ermittelt wurden, sind die zweitniedrigsten aller Parteien nach den Grünen. Das bedeutet, dass der Anteil der Personen mit rechten Einstellungen niedrig ist. Da diese Einstellungen unter Abiturienten am geringsten ausgeprägt sind, kann von einem Zusammenhang mit dem gestiegenen Abiturientenanteil ausgegangen werden.

Ausprägung rechter Einstellungsmuster unter Befragten mit Parteipräferenz			
DIE LINKE			
		2014	2016
Befürwortung einer rechtsextremistischen Diktatur	1	5,5	5,1
Chauvinismus	2	7,3	6,8
Ausländerfeindlichkeit	3	7,4	6,6
Antisemitismus	4	5,4	5,3
Sozialdarwinismus	5	5,1	4,7
Verharmlosung des Nationalsozialismus	6	4,8	4,4

Legende: Ablehnung M=3-6; zustimmend M=7-11; hohe Zustimmung M=12-14; maximale Zustimmung M=15

Im Arbeitspapier 04/2016, welches sich mit den Wechseln von der Linkspartei zur AfD befasst, wird gezeigt, dass insbesondere der Anteil von Personen mit hohen Werten in den Dimensionen Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit ab 2014 deutlich zurückgeht. Aktuell liegen diese beiden Durchschnittswerte für alle Personen, die eine Präferenz für DIE LINKE angaben, nur leicht jenseits der strikten Anlehnung.

Die Durchschnittswerte für die einzelnen Parteien 2016



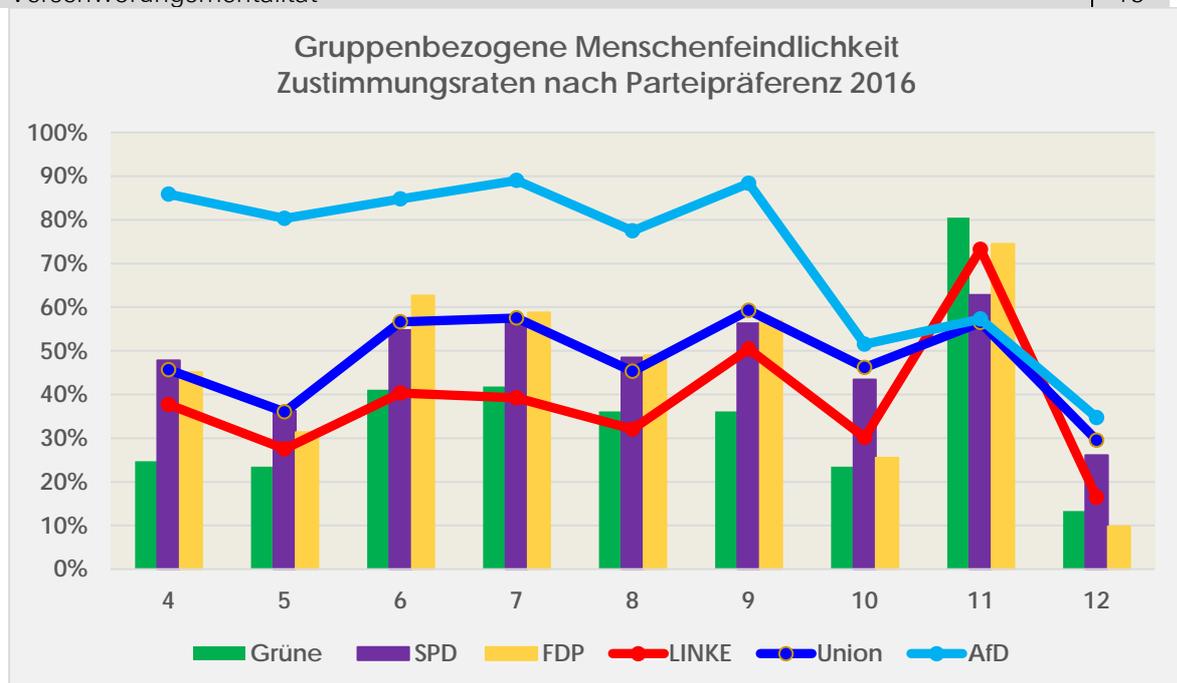
Ablehnung M=3-6; zustimmend M=7-11; hohe Zustimmung M=12-14; maximale Zustimmung M=15

Die AfD nimmt in allen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen eine Sonderstellung ein und wirkt vor allem für chauvinistische und ausländerfeindliche Einstellungen wie ein Magnet auf die anderen Parteien und ihre Anhänger mit rechten Einstellungsmustern. Die Durchschnittswerte für DIE LINKE folgen nicht mehr, wie es bis 2010 der Fall war, den Werten der beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD. Sie haben sich den Grünen-Anhängern angenähert.

GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT

Die Antworten auf Fragestellungen zum Syndrom «Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit», wie sie in den Heitmeyer-Studien «Deutsche Zustände» entwickelt wurden, zeigen ein vergleichbares Bild von der polarisierenden Rolle der AfD. Auch hier erscheinen Grüne, LINKE (und FDP) als Parteien am anderen Pol der Einstellungsskala. Auffällig ist die Nähe zwischen AfD- und Unions-Anhängern in Gleichstellungs- bzw. «Gender»-fragen, während in allen anderen Punkten auch zwischen ihnen eine große Lücke besteht.

LEGENDE für die nachfolgenden Grafiken	
Zustimmung zur Demokratie als Idee	1
Zustimmung zur Demokratie, wie in Verfassung festgelegt	2
Zustimmung zur Demokratie, wie sie tatsächlich funktioniert	3
»Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land«	4
»Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.«	5
»Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.«	6
»Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.«	7
»Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.«	8
»Die meisten Asylbewerber fürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.«	9
»Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.«	10
»Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein.«	11
»Homosexualität ist unmoralisch.«	12
Gewaltakzeptanz	13
Gewaltbereitschaft	14
Verschwörungsmentalität	15



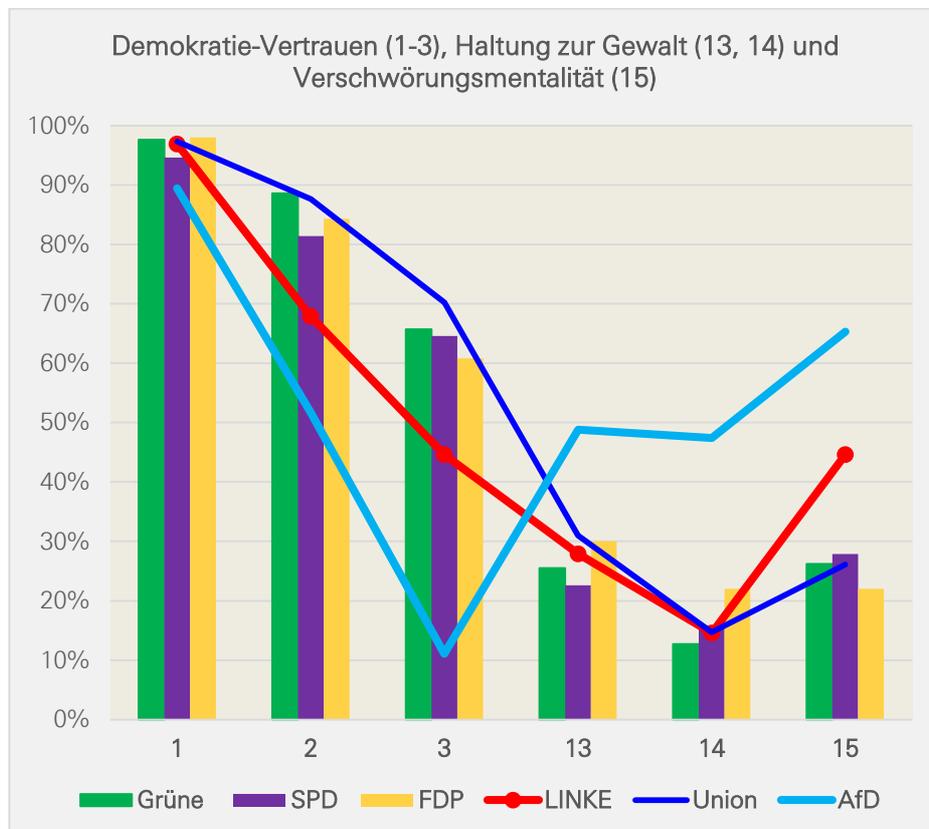
Zwischen den Werten für die erklärten Anhänger der Linkspartei und denen der AfD besteht eine große Distanz. Die Gleichstellungs- und «Gender»-themen wirken insgesamt weniger polarisierend als die Themen «Muslime» und «Sinti und Roma».

VERBREITUNG DES »PEGIDA-SYNDROMS«

Elemente der Verschwörungstheorie sind weit verbreitet in der Gesellschaft, haben jedoch gegenüber 2012 leicht abgenommen.

Verschwörungsmentalität 2016			
Einzelne Dimensionen	stimme nicht zu	teils/teils	stimme zu
»Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt, die im Geheimen ausgeheckt werden.«	43,4%	22,6%	34,0%
»Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.«	39,2%	22,2%	38,6%
»Die verschiedenen in den Medien zirkulierenden Verschwörungstheorien halte ich für ausgemachten Blödsinn.«	37,3%	22,0%	40,7%
»Es gibt keinen vernünftigen Grund, Regierungen, Geheimdiensten oder Medien zu <u>misstrauen</u> .«	52,5%	24,1%	23,5%
»Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.«	37,2%	28,0%	34,6%
Verschwörungsmentalität gesamt	gesamt	Ost	West
2012	37,7%	49,0%	34,8%
2016	33,3%	38,4%	32,0%

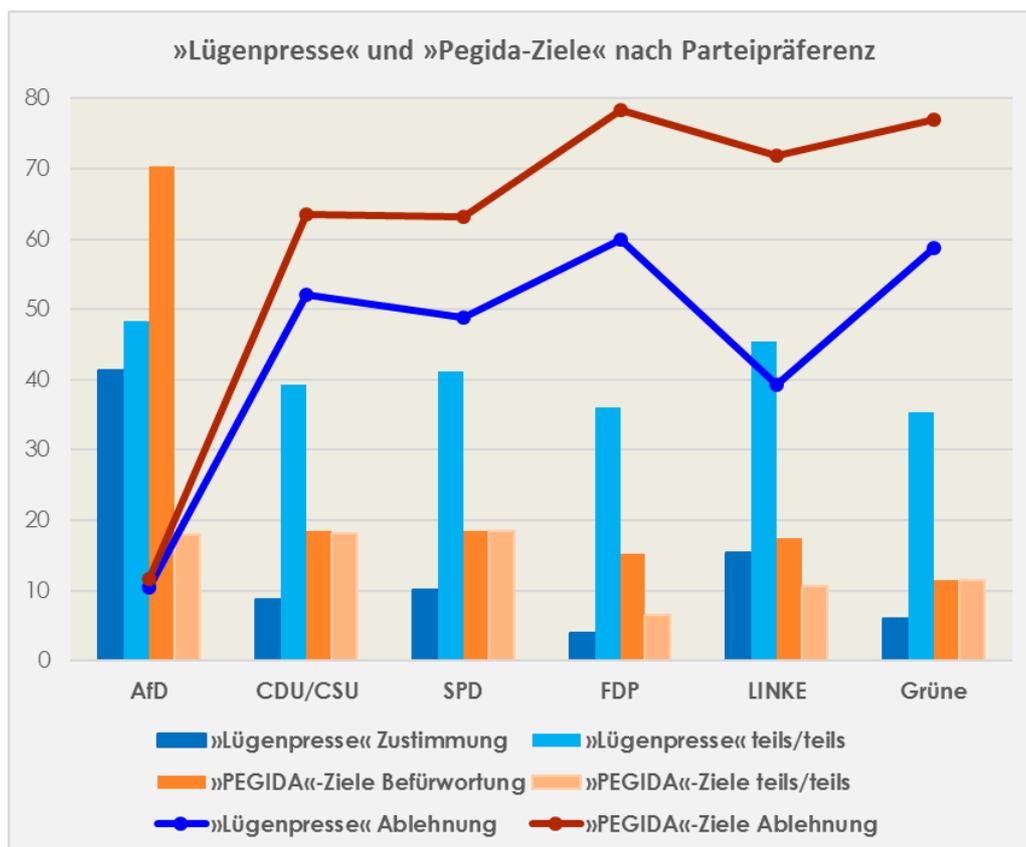
Für einige Dimensionen fördert die neue »Mitte-Studie« eine *relative* Nähe zwischen AfD-Anhängern und LINKEN-Anhängern zutage bei gleichwohl großem Abstand: Vertrauen in die Demokratie, wie sie tatsächlich funktioniert (3), Haltung zur Gewalt (13, 14) und »Verschwörungsmentalität« (15).



Zustimmung zur Demokratie, wie sie funktioniert, äußern lediglich gut 10% der AfD-Anhänger und auch nur rund 45% der LINKEN-Anhänger. Und auch bei der «Verschwörungsmentalität» liegen die LINKEN-Anhänger mit etwa 45% an zweiter Stelle hinter der AfD (ca. zwei Drittel). Zu verweisen wäre in diesem Sinne auch auf die «Gewaltakzeptanz», jedoch ist die Bereitschaft, selbst Gewalt anzuwenden, unter den LINKEN-Anhängern deutlich niedriger. Bei der AfD ist sie nicht nur höher, sondern es ließen sich auch kaum Unterschiede feststellen zwischen der Akzeptanz von und der Bereitschaft, selbst Gewalt anzuwenden.

Schließlich: die «Lügenpresse». Das Vertrauen in die Medien (Zeitungen, Radio, Fernsehen) ist bei AfD-Anhängern mit gerade einmal 10% am geringsten, als nächstes folgen die Anhänger der LINKEN mit immerhin knapp 40%, einem leicht unterdurchschnittlichen Wert. Auch überwiegt bei der LINKEN als einziger Partei der Anteil der Unentschiedenen. Für alle anderen Parteianhänger liegt der Vertrauenswert bei knapp 50% und höher. Die Werte für die LINKEN-Anhänger liegen in einem Feld mit denen für Nichtwähler und Unentschlossene.

<i>"Wenn Sie an Zeitungen, Radio und Fernsehen in Deutschland denken, würden Sie persönlich dann von Lügenpresse sprechen?"</i>					
	gesamt	Ost	West	AfD	LINKE
nein	41,2%	33,6%	43,2%	10,5%	39,2%
teils/teils	44,8%	48,3%	44,0%	48,3%	45,4%
ja	14,0%	18,2%	12,9%	41,3%	15,4%



Allerdings bestehen zwischen dem Misstrauen gegenüber den Medien auf der linken Seite und dem auf der rechten Seite erhebliche inhaltliche Unterschiede. Deutlich wird dies nicht nur daran, dass links deutlich seltener von «Lügenpresse» gesprochen wird als rechts, sondern vor allem an den Einstellungen zu den PEGIDA-Zielen. Knapp 72% der Linkspartei-Anhänger lehnen diese Ziele entschieden ab (aber: immerhin ein gutes Sechstel stimmt ihnen zu!). Auch hier gilt, dass die Zustim-

mung zu den wahrgenommenen PEGIDA-Zielen unter Parteianhängern (mit Ausnahme der AfD) deutlich niedriger ausfällt als unter Nichtwählern und in ihrer Wahl und -teilnahme unsicheren befragten Personen (S. 90, Grafik 27).

DIE LINKE UND DIE »POLITISCHEN MILIEUS«

Die Autoren der Studie verdichten die Befragungsergebnisse zu politischen Einstellungen (Rechts-extremismus-Dimension, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit), Handlungsbereitschaft und Legitimation des politischen Systems zu Typen politischer Milieus. Der Milieu-Begriff wird dabei in eingeschränkter Bedeutung verwendet: »Es geht lediglich um die Beschreibung politischer Milieus und nicht um lebensweltliche Aspekte oder reale Konfliktlinien in der politischen Auseinandersetzung. Nicht die habituellen Besonderheiten werden zur Bestimmung eines Milieus herangezogen, sondern das Verhältnis von individueller Einstellung und Gruppen-Ideal.« (S. 98) Politische Milieus, so die Annahme, werden »durch psychisch-identifikatorische Prozesse mit einem gemeinsamen Gruppen-Ideal konstituiert (...), das im Sinne der politikwissenschaftlichen Forschung als soziale Norm- und Wertvorstellung, im Sinne der sozialpsychologischen Forschung als kollektives Ich-Ideal begriffen wird«. (S. 99) Diese Prozesse finden nicht unabhängig von gesellschaftlichen Prozessen, sozialer Lage und sozialer Milieuzugehörigkeit statt, doch können in einem politischen Milieu Angehörige unterschiedlicher Schichten und sozialer Milieus zusammenfinden.

Auf diese Weise werden sechs Milieus identifiziert: Das »Moderne Milieu« und das »Konforme Milieu« bilden zusammen die »Demokratischen Milieus«. Das »Ressentimentgeladene Milieu« wird als »vorurteilsgebundenes Milieu mit relativer Akzeptanz des bestehenden Systems« beschrieben. Die »Antidemokratisch-autoritären Milieus« sind das »Latent antisemitisch-autoritäre Milieu«, das »Ethnozentrisch-autoritäre Milieu« und das »Rebellisch-autoritäre Milieu«.

Im Vergleich zu den Befragungsergebnissen von 2006 haben sich die demokratischen Milieus stark vergrößert, von zwei Fünftel der Befragten auf drei Fünftel. Umgekehrt sind die antidemokratisch-autoritären Milieus von gut zwei Fünfteln auf ein Viertel geschrumpft.

Die antidemokratischen Milieus zeichnen sich insbesondere durch starke Vorurteile, eine relativ hohe Bereitschaft zur autoritären Aggression und einen besonders ausgeprägten Verlust von Vertrauen in das demokratische System aus. Diese Milieus sind zwar kleiner geworden, »aber es findet sich nun ein ausdrücklich gewaltbereites Milieu, das sich zudem der Akzeptanz seiner Gewaltbereitschaft in den anderen autoritären Milieus sicher sein kann«. (S. 105) In den antidemokratischen Milieus wird die allgemeine wirtschaftliche Lage deutlich seltener als gut und deutlich häufiger als schlecht bezeichnet als in den demokratischen Milieus (gut: 63,5% zu 37,7%; schlecht: 3,6% zu 20,3%). Interessanterweise bewerten im demokratischen Milieu mehr Befragte die eigene wirtschaftliche Lage als schlechter (8,9%) als die allgemeine (3,6%), während in den antidemokratischen Milieus die eigene wirtschaftliche Lage leicht besser bewertet wird als die allgemeine (eigene Lage schlecht: 18,8%, allgemeine Lage schlecht: 20,3%).

Veränderungen werden auch für die demokratischen Milieus festgehalten: Normverletzungen möchte jetzt die Hälfte hart sanktioniert sehen, 2006 nur 36%. Mehr Angehörige dieser Milieus wünschen sich eine klare Führung (15,4%), was nicht zu verwechseln ist mit Unterwerfung unter eine Autorität, fordern die Orientierung an Konventionen (26%) und sind anfällig für Verschwörungsmentalität (25%). Allein das »moderne Milieu« äußert sich klar ablehnend zu den rechtsextremen Einstellungsdimensionen, bereits im »konformen Milieu« finden sich erkennbare Neigung bzw. Zustimmung zu chauvinistischen und ausländerfeindlichen Einstellungen.

Zustimmung zu den Dimensionen des Rechtsextremismus in den politischen Milieus (Mittelwerte einer Skala von 3 (Ablehnung) bis 15 (maximale Zustimmung))						
	Demokratische Milieus		nt- geladenes	antidemokratisch-autoritäre Milieus		
	modern	konform		antisemitisch	ethnozentrisch	rebellisch
rechtsautoritäre Diktatur	3,6	5,1	8,2	5,1	8,8	11,2
Chauvinismus	4,2	7,9	9,3	11,2	11,4	12,7
Ausländerfeindlichkeit	4,5	8,5	9,2	12,2	12,4	13,1
Antisemitismus	3,3	4,9	8,0	10,0	5,7	10,6
Sozialdarwinismus	3,4	4,7	8,7	6,8	5,8	10,4
NS-Verharmlosung	3,4	4,4	7,5	5,2	6,9	9,6

Legende: Ablehnung M=3-6; zustimmend M=7-11; hohe Zustimmung M=12-14; maximale Zustimmung M=15

Die Parteipräferenzen («Sonntagsfrage» – nicht zu verwechseln mit tatsächlichen Wahlentscheidungen) zeigen, dass die Attraktivität der AfD bereits im »konformen Milieu« beginnt, ihren Schwerpunkt aber im antidemokratisch-autoritären Lager hat. Im ethnozentrischen und rebellischen Milieu ist sie stärkste Partei. Jenseits der demokratischen Milieus wächst die Bekundung, nicht wählen zu gehen, deutlich an.

Parteipräferenzen in den politischen Milieus - Erhebung 2016						
	Demokratische Milieus		Ressentiment- geladenes M.	antidemokratisch-autoritäre Milieus		
	modern	konform		antisemitisch	ethnozentrisch	rebellisch
CDU/CSU	20,4%	24,3%	19,6%	18,2%	12,3%	15,7%
SPD	22,8%	19,9%	18,9%	22,7%	18,3%	12,9%
FDP	3,3%	2,3%	2,3%	2,3%	1,8%	-
Grüne	14,4%	7,4%	3,7%	4,6%	2,8%	2,7%
DIE LINKE	10,5%	5,3%	5,0%	4,0%	0,9%	4,8%
AfD	1,0%	7,0%	7,0%	13,1%	20,1%	29,3%
nicht wählen	10,5%	15,8%	21,9%	16,5%	20,1%	23,8%
Partei unklar	14,2%	15,9%	19,3%	14,5%	20,1%	7,5%
Milieu-Größe	30,6%	29,3%	14,1%	8,4%	10,3%	7,3%

Ein Vergleich mit dem Jahr 2006 zeigt erhebliche Verluste für Union und SPD in allen politischen Milieus. Dies erklärt sich zum einen durch das Erscheinen einer neuen Partei, der AfD; zum anderen ist es aber ein statistisches Artefakt, weil 2006 die unentschlossenen Wähler nicht gesondert ermittelt wurden. Es kann also sein, dass in der Gruppe »Parteipräferenz unklar« viele Befragte sich nicht zwischen diesen beiden Parteien entscheiden konnten.

DIE LINKE hat einen deutlichen Schwerpunkt der Zustimmung im modernen demokratischen Milieu und unterdurchschnittliche Zustimmung in den antidemokratischen Milieus. Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man die Größenveränderung der Milieus berücksichtigt. Gegenüber 2006 hat die Zustimmung im »modernen Milieu« von gut 5% auf 10,5% zugenommen. Im »konformen Milieu« blieb sie annähernd gleich, was angesichts des Größenwachstums dieses Milieus von 13,6% auf 29,3% ebenfalls auf eine veränderte Zusammensetzung der Anhängerschaft hindeutet. Sehr deutlich abgenommen hat die Zustimmung für DIE LINKE im »ethnozentrisch-autoritären Milieu«, von über 8% auf unter 1%, dagegen hat sie im »rebellisch-autoritären Milieu« auf knapp 5% zugenommen. Angesichts der Verschiebungen in den Milieugrößen ergibt sich jedoch ein stark gewandeltes Bild über die politische Zusammensetzung der Anhänger der Partei: Statt 40% wie in 2006 kommen nun 75% der Präferenzen aus den demokratischen Milieus und nur noch 12% statt 37% aus den antidemokratisch-autoritären Milieus. Über den Zeitpunkt dieser Verschiebungen lassen sich auf der verfügbaren Datenbasis keine verlässlichen Aussagen treffen.

Zusammensetzung der Parteipräferenz für DIE LINKE		
	2006	2016
modernes Milieu	26%	51%
konformes Milieu	14%	25%
Ressentimentgeladenes Milieu	23%	11%
latent antisemitisch-autoritäres Milieu	12%	5%
ethnozentrisch-autoritäres Milieu	21%	1%
rebellisch-autoritäres Milieu	4%	6%
Eigene Berechnung auf Basis der "Leipziger Mitte-Studie 2016"		

Diese Veränderungen in der Zusammensetzung parallel zum Aufkommen der AfD lassen aber vermuten, dass ein erheblicher Teil der früheren Anhänger aus den vorurteilsgeladenen und autoritären Milieus inzwischen zur AfD abgewandert ist.

LINKE UND AFD - RECHTE EINSTELLUNGEN

Wesentliche programmatische wie medial vermittelte Anliegen der AfD kreisen um die »nationalstaatliche Souveränität« und dem Umgang mit dem »Volksvermögen« (Bankenkrise, Eurokrise, Flüchtlingspolitik bildeten Kernelemente dieses Narratives), die strikte Ablehnung einer Einwanderungsgesellschaft und die Umdeutung der sozialen Verteilungsfragen: Statt der Oben-Unten-Logik wird die Drinnen-Draußen-Logik propagiert. Damit spricht die AfD vor allem die Bevölkerungsschichten an, bei denen rechte Einstellungen vorhanden sind, und versucht, diese Personen zu ermutigen, ihren Einstellungen auch entsprechende (Wahl-)Handlungen folgen zu lassen. (Ob diese Bereitschaft, am Wahltag tatsächlich gemäß diesen Einstellungen zu handeln, durch Umfragen weit vor dem Wahltag halbwegs zuverlässig abgefragt werden kann, ist zweifelhaft.)

Die Überlegungen hier folgen also der Annahme, dass mit der AfD ein politischer Akteur aufgetreten ist, der über alle Parteigrenzen Personen anspricht, die bestimmte Einstellungen und Weltansichten gemeinsam haben, und sie nun unter einer Parteifahne versammelt. Die AfD sammelte, folgt man dieser Hypothese, gegenwärtig ein bereits vorhandenes Potenzial ein, welches irgendwie auf einen »wählbaren« politischen Akteur, der nicht in der tabuisierten rechten »politischen Schmutzlecke« steht, »gewartet« hat. Dies gelingt durch Polarisierung und Radikalisierung.

Die Studien-Reihe »Deutsche Zustände« zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit an der Universität Bielefeld (Wilhelm Heitmeyer, Andres Zick, Beate Küpper u.a.) und die »Mitte-Studien« der Universität Leipzig (Oliver Decker, Elmar Brähler, Johannes Kiess u.a.) berichten seit Anfang dieses Jahrhunderts regelmäßig über einen Anteil von jeweils um die 20% in der Bevölkerung, bei dem manifeste rechtsextreme, autoritäre, antidemokratische Einstellungen gemessen wurden, die sich teilweise zu rechtsextremen Weltbildern verdichten. Im Zusammenhang mit dem AfD-Narrativ sind insbesondere die Fragen interessant, die »Ausländerfeindlichkeit« und »Chauvinismus« messen sollen. (Die weiteren Elemente, die zu einer rechtsextremen Einstellung gezählt werden, sind »Befürwortung einer Diktatur«, »Antisemitismus«, »Sozialdarwinismus« und »Verharmlosung Nationalsozialismus«.)

Die Leipziger »Mitte-Studien«² förderten zu den drei Fragen zur Ausländerfeindlichkeit unter den Befragten eine Zustimmung in 2014 von gut 25% zutage (in 2016 gut 30%), wobei die Werte für Ostdeutschland höher liegen. Die Fragestellungen zum Einstellungsmuster »Chauvinismus« brachten fast ähnlich hohe Zustimmungswerte. Vergleicht man diese Werte mit denen von 2006 und weiteren Vorjahren, so zeigt sich eine rückläufige Entwicklung nach einem Anstieg bis zur Befragung Anfang

² Oliver Decker, Johannes Kiess, Elma Brähler: Die stabilisierte Mitte, Leipzig 2014; dies.: Enthemmte Mitte, Leipzig 2016

2012. Diese relative Entspannung lässt sich mit der guten wirtschaftlichen Lage erklären, die die Befragten im persönlichen wie im allgemeinen Bereich annehmen.

Die hohen Werte insbesondere für die Einstellungsmuster »Ausländerfeindlichkeit« (»Sozialstaats-Missbrauch«, »Überfremdung«) und »Chauvinismus« (»Mut zu starkem Nationalgefühl«, »deutsche Interessen durchsetzen«) zeigen, dass ein großes Potenzial für die Themen der AfD schon immer vorhanden war und weiterhin vorhanden ist. Gegenüber 2014 ist 2016 vor allem der Anstieg unter den Westdeutschen auffällig.

Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungsmustern	2014			2016		
	Gesamt	Ost	West	Gesamt	Ost	West
Ausländerfeindlichkeit						
»Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.«	27,2%	33,8%	25,5%	32,1%	38,5%	30,4%
»Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken.«	24,1%	29,3%	22,7%	26,1%	29,0%	25,3%
»Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.«	27,5%	31,5%	26,5%	33,8%	35,2%	33,0%
Chauvinismus						
»Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben«	29,8%	29,8%	29,8%	35,4%	31,9%	36,4%
»Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland«	21,5%	23,7%	20,9%	26,2%	27,3%	25,9%
»Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.«	21,4%	28,7%	19,5%	22,0%	21,6%	22,0%
Autoritarismus / Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur						
»Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.«	6,7%	11,6%	5,4%	6,7%	13,8%	4,8%
»Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.«	9,2%	12,4%	8,4%	10,6%	12,8%	10,0%
»Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.«	15,6%	17,2%	15,2%	21,9%	25,5%	21,0%
Sozialdarwinismus						
»Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der stärkere durchsetzen.«	8,4%	8,8%	8,3%	8,4%	12,2%	7,3%
»Eigentlich sind die Deutschen von Natur aus anderen Völkern überlegen.«	13,2%	14,6%	12,8%	12,0%	11,6%	12,0%
»Es gibt wertvolles und unwertes Leben.«	8,9%	12,6%	7,9%	9,5%	12,0%	8,9%

Quelle: Decker/Kiess/Brähler 2014, 2016

Gegenüber 2014 ebenfalls deutlich angestiegen sind autoritäre Einstellungen, insbesondere der Wunsch nach einer einzigen starken Partei. Hier fällt der Anstieg unter den Ostdeutschen stärker aus. Immerhin ein Viertel vertrat im Februar/März 2016 diese Auffassung.

Wo sind diese Einstellungen parteipolitisch gebunden? Bei den Erhebungen wurde jeweils auch die »Sonntagsfrage« gestellt: »Welcher Partei würden Sie ihre Stimme geben, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahlen wären?« Damit ist es möglich, den jeweiligen Anteil der Personen mit chauvinistischen oder ausländerfeindlichen Einstellungen unter den aktuellen Parteihängern darzustellen. Für alle Parteien ergibt sich ein erheblicher Anteil von Personen mit diesen Einstellungen,

man kann sagen, sie verteilen sich über alle Parteien.³ (Die Ost-West-Unterscheidung 2006 und 2010 führt allerdings z.T. zu geringen Fallzahlen, deren Aussagewert bezweifelt werden kann.) Der größere Teil des Potenzials wurde von Union und SPD gebunden, die Anteile bei der Linkspartei liegen leicht darunter. Bereits 2014 – die Datenerhebung erfolgte nach der Bundestagswahl und vor der Wahl zum Europaparlament – war der Anteil von Personen mit chauvinistischen Einstellungen bei der AfD überdurchschnittlich. Bis zum Frühjahr 2016 – die Befragung erfolgte vor den Landtagswahlen im März 2016 – verstärkte sich dieser Trend der Konzentration chauvinistischer Einstellungen bei der AfD. Insbesondere der Rückgang ihres Anteils unter den LINKEN-Anhängern ist auffallend.

Anteil der Personen mit chauvinistischen und ausländerfeindlichen Einstellungen je nach Parteipräferenz bei »Sonntagsfrage«						
	2006		2010		2014	2016
	West	Ost	West	Ost		
Chauvinismus						
Union	20,4%	18,9%	19,8%	18,4%	12,5%	15,0%
SPD	21,5%	14,4%	19,8%	23,0%	14,5%	14,3%
FDP	12,7%	16,1%	17,1%	4,6%	13,9%	7,9%
Grüne	15,8%	14,3%	12,7%	16,0%	6,0%	6,6%
LINKE	11,1%	8,3%	15,7%	14,0%	12,3%	8,4%
AfD					28,9%	46,5%
Nichtwähler	24,4%	19,7%	20,6%	22,2%	15,7%	19,9%
Ausländerfeindlichkeit						
Union	25,6%	28,1%	23,5%	37,4%	17,1%	14,6%
SPD	26,5%	22,9%	24,2%	33,3%	17,9%	16,6%
FDP	19,9%	19,4%	16,2%	36,4%	8,3%	13,7%
Grüne	18,8%	11,9%	12,7%	16,0%	6,0%	7,2%
LINKE	28,6%	33,3%	20,0%	25,6%	16,9%	8,4%
AfD					50,0%	52,6%
Nichtwähler	33,5%	43,3%	23,8%	39,4%	23,3%	28,2%

Die Magnetfunktion der AfD zeigte sich bereits 2014 ebenfalls und deutlicher noch für ausländerfeindliche Einstellungen. Der Rückgang dieses Anteils bei anderen Parteien hat also nicht nur etwas damit zu tun, dass diese Einstellungen 2014/16 gegenüber 2010 abgenommen haben, sondern dass Personen mit diesen Einstellungen zur AfD wanderten. Die Einstellungen waren handlungsleitend geworden, vermutlich nicht zuletzt deshalb, weil die AfD im Gegensatz zur NPD als »wählbare« Partei galt. Der Anteil ausländerfeindlich eingestellter Personen unter den Anhängern der Linkspartei ging von knapp einem Viertel 2010 auf ein Sechstel 2014 zurück und halbierte sich bis 2016 nochmals. Dieser abnehmende Trend trifft für die Anhänger aller anderen Parteien mehr oder weniger ausgeprägt zu: Wo die Abgrenzung zur Einwanderung und gegenüber Ausländern wahlentscheidend

³ Die vier anderen zum Rechtsextremismus zählenden Einstellungsmuster, also auch Befürwortung einer Diktatur und Sozialdarwinismus, sind unter den Anhängern der Parteien mit Werten von jeweils deutlich unter 5% vertreten – außer bei AfD und anderen Rechten. Sie scheinen für die aktuellen Verschiebungen von deutlich minderer Bedeutung, weshalb sie hier nicht weiter berücksichtigt werden.

bzw. handlungsleitend wurde, kann eine Abwanderung zur AfD angenommen werden. Mit anderen Worten und speziell für die Linkspartei formuliert: Der Anteil chauvinistisch und ausländerfeindlich eingestellter (potenzieller) Wählerinnen und Wähler der LINKEN hat mit dem Aufkommen der AfD deutlich abgenommen. Dieses Segment konnte durch die Themen der Partei nicht mehr gebunden werden, als das Migrationsthema für diese Menschen entscheidend wurde.

Diese Hypothese wird unterstützt durch den Rückgang der Durchschnittswerte für die Zustimmung zu den Rechtsextremismus-Dimensionen unter den LINKEN-Anhängern von 2014 bis 2016. Nach den Grünen sind es die zweitniedrigsten Werte. Die stärksten Ausprägungen wurden jeweils in den Dimensionen Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit gemessen: hier gibt es leicht zustimmende Tendenzen, während in den anderen Dimensionen die Ablehnung recht klar dominiert (siehe oben, S.4).

Eine weitere Fragestellung kann lauten, welche Partei Personen mit einem manifesten rechtsextremen Weltbild bevorzugen, also Personen, bei denen alle sechs Faktoren für Rechtsextremismus deutlich ausgeprägt ermittelt wurden. 2014 wurde dies für etwa 6% aller Befragten festgestellt. Diese Personen verteilten sich nach ihren Präferenzen bei der Befragung im Frühjahr 2014 wie folgt auf die Parteien: Union 21%; SPD 25%; LINKE 7%; AfD 6%; andere rechte Parteien: 6%; Unentschlossene 9%; Nichtwähler 23% (FDP und Grüne zu geringe Fallzahlen). 2016 hatte sich dieser Personenkreis in seiner Größe kaum verändert, aber hinsichtlich der Parteipräferenzen: Für die SPD votierten nur noch knapp 20%, für die Union knapp 15% und die Linkspartei weniger als 4% der Personen mit rechtsextremer Einstellung, aber für die AfD nun 45% (Grüne 2016 von 5% bevorzugt).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Wenn es der AfD gelingt, rechte Einstellungsmuster so anzusprechen, dass daraus Handlungen folgen, etwa bei Wahlentscheidungen, hat sie ihr zahlenmäßig größtes Potenzial unter Anhängern von Union und SPD. Aber auch unter den Anhängern der Linkspartei ist das Potenzial nicht gering (gewesen), zumal in Ostdeutschland, wo die Partei noch Charakterzüge einer Volkspartei besitzt. Ein Teil dieses Potenzials scheint bereits 2013 zur AfD abgewandert zu sein, ein weiterer großer Teil scheint sich 2015/16 der AfD zugewendet zu haben.

NICHTWÄHLER UND UNENTSCHLOSSENE - POTENZIAL FÜR DIE LINKE?

Erstmals unterscheidet die Leipziger Studie 2016 zwischen erklärten «Nichtwählern» (NW), Befragten, die sich unsicher sind, ob sie an der Wahl teilnehmen (Wahlteilnahme unsicher – UW) und Befragten, die an der Wahl teilnehmen wollen, aber nicht entschieden sind, welche Partei sie wählen würden (Parteiwahl unentschlossen – UP).

Die Ergebnisse ergeben als allgemeines Bild: Die Durchschnittswerte für Befragte, die in ihrer Parteiwahl unentschlossen sind, liegen eher im Mittelfeld aller Parteianhänger mit einer Tendenz ins linke Spektrum. Erklärte Nichtwähler und ob ihrer Wahlbeteiligung unsichere Befragte stehen mit ihren Durchschnittswerten zwischen der AfD und allen anderen Parteien. Sie verorten sich im Durchschnitt rechts von der Union und links von der AfD mit deutlichem Abstand zur LINKEN. Der durchschnittliche Nichtwähler bzw. unsichere Wahlteilnehmer ist am weitesten entfernt vom durchschnittlichen Grünen- oder LINKEN-Anhänger.

Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit sind unter Nichtwählern und Unsicheren (UW) besonders ausgeprägt. In der Ablehnung von Muslimen und Sinti und Roma im eigenen Land stehen sie der AfD näher als allen anderen Parteien. Das betrifft ebenfalls das Misstrauen gegenüber Asylantragstellerinnen und -antragstellern. Die Gewaltakzeptanz ist stark verbreitet, die Gewaltbereitschaft dagegen weniger.

Die Unterstützung für das »PEGIDA-Syndrom« aus »Lügenpresse«, »Verschwörungsmentalität« und wahrgenommenen »PEGIDA-Zielen« fällt dagegen deutlich niedriger aus als bei AfD-Sympathisanten.

Eine Nähe zur Mehrheit der Linkspartei-Anhänger gibt es am ehesten noch bei der »Verschwörungsmentalität« und der Zustimmung zur »Demokratie, wie sie tatsächlich funktioniert«.

Eine Abschätzung der Zusammensetzung von Nichtwählern und unentschlossenen Parteiwählern auf der Basis der Leipziger Befragung relativiert diese Befunde etwas. Etwa die Hälfte der Nichtwähler und fast 60% der Unentschlossenen sind demnach den demokratischen politischen Milieus zuzuordnen, immerhin ein Drittel der Nichtwähler und ein Viertel der Unentschlossenen hingegen den antidemokratisch-autoritären Milieus. Mit Blick auf die Veränderungen bei der Erhebung – siehe Abschnitt zu den politischen Milieus – dürften die Unentschlossenen vor allem zwischen Union und SPD und dann zwischen AfD schwanken.

Zusammensetzung Nichtwähler (NW) und Unentschlossene (UP)		
	NW	UP
modernes Milieu	20%	28%
konformes Milieu	29%	30%
Ressentimentgeladenes Milieu	19%	17%
latent antisemitisch-autoritäres Milieu	9%	8%
ethnozentrisch-autoritäres Milieu	13%	13%
rebellisch-autoritäres Milieu	11%	4%
Eigene Berechnung auf Basis der "Leipziger Mitte-Studie 2016"		

	Präferenz AfD	Nichtwah l	Wahl unsicher	Partei unsicher	Präferenz DIE LINKE
Rechtsextremismus-Dimensionen (Skala 3-15)					
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	8,1	6,9	6,1	5,8	5,1
Chauvinismus	10,8	8,7	8,1	7,9	6,8
Ausländerfeindlichkeit	11,7	9,1	8,5	8,3	6,6
Antisemitismus	7,7	6,2	5,8	5,4	5,3
Sozialdarwinismus	7,0	6,2	5,4	5,5	4,7
Verharmlosung des Nationalsozialismus	6,9	6,0	5,5	5,2	4,4
Zustimmung rechtsextreme Einstellungen (Werte von 18-90)	52,2	43,1	39,4	38,1	32,9
Fragen zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Zustimmung in Prozent)					
Zustimmung zur Demokratie als Idee	89,4	87,7	95,4	96,1	96,9
Zustimmung zur Demokratie wie in Verfassung festgelegt	51,7	63,7	74,6	78,3	67,9
Zustimmung zur Demokratie wie sie tatsächlich funktioniert	11,1	39,0	52,8	43,9	44,6
»Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.«	85,9	60,1	52,3	43,2	37,7
»Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.«	80,3	50,6	41,5	34,0	27,5
»Ich hätte Probleme, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.«	84,8	64,1	61,4	55,8	40,3
»Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.«	89,0	64,3	57,4	52,3	39,2
»Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.«	77,5	56,7	52,3	41,6	32,1
»Die meisten Asylbewerber fürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.«	88,4	66,2	58,6	58,1	50,4
»Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.«	51,5	39,2	39,2	36,8	30,2
»Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein.«	57,3	57,3	59,4	69,4	73,2
»Homosexualität ist unmoralisch.«	34,7	27,9	22,7	19,4	16,4
Gewaltakzeptanz	48,8	48,8	35,5	26,5	27,9
Gewaltbereitschaft	47,4	27,1	20,3	14,0	14,6
Verschwörungsmentalität	65,3	37,0	27,1	34,2	44,6
Selbstverortung auf der rechts (=10) - links (=1)-Skala					
	6,6	5,5	5,4	5,1	3,3
»Lügenpresse«? - Angaben in Prozent					
ja	41,3	20,1	9,7	11,5	15,4
teils/teils	48,3	49,3	50,6	51,9	45,4
nein	10,5	30,6	39,8	36,5	39,2
Befürwortung PEGIDA-Ziele? - Angaben in Prozent					
Zustimmung	70,4	30,0	26,2	17,9	17,4
teils/teils	17,9	27,7	24,2	21,4	10,7
Ablehnung	11,7	42,2	49,7	60,7	71,9
Soziale Merkmale (Angaben in Prozent)					
Anteil Abiturientinnen/Abiturienten	16,2	9,6	18,0	28,9	35,9
Monatliches Haushaltseinkommen					
unter 1.250 €	18,7	29,5	27,2	13,4	23,1
1.250 - 2.500 €	45,6	47,1	43,9	37,6	44,6
über 2.500 €	35,7	23,4	28,9	49,0	32,3

ZUSAMMENFASSUNG

In den Jahren seit 2010/11 begann sich die Anhängerschaft der Linkspartei zu verändern, zunächst vermutlich durch die Abwanderung bestimmter Wählerschichten. Dieser Prozess verstärkte sich durch das Auftreten der neuen Partei Alternative für Deutschland. Der Name wird gemeinhin als Programm verstanden: eine Alternative für Deutschland, nicht für Europa; eine Alternative für Deutsche, nicht für Ausländer.

Die AfD zieht unter den Anhängern aller Parteien insbesondere diejenigen an, die eine Nähe zu rechten Einstellungsmustern aufweisen. Bereits die Vorläufer-Studie von 2014 machte auf diese Tendenz aufmerksam, dass die AfD wie ein politischer Magnet Personen mit antidemokratischen, autoritären und ethnozentrierten Einstellungen anzieht. Diese Tendenz hat sich weiter verstärkt.

Ein Ausdruck dafür ist der erneut zurückgegangene Anteil von Anhängern mit rechten Einstellungsmustern (nicht nur) bei der Linkspartei. Besonders eklatant gilt dies für die Dimension »Ausländerfeindlichkeit«: Wurden 2006 noch bei gut 30% der LINKEN/PDS/WASG-Anhänger ausländerfeindliche Einstellungen gemessen, so 2016 noch bei gut 8%. Deutlich rückläufig war auch die Zahl der Anhänger mit chauvinistischen Einstellungen. Dies spricht für eine weitgehende Entmischung: den rechten Einstellungen folgten nun auch Handlungen, in diesem Fall Wahlentscheidungen. Durchaus wahrscheinlich, dass diese Entscheidung zumindest von mittelfristiger Dauer ist; zumindest ist nicht erkennbar, wie eine »Rückholung« erfolgreich sein könnte ohne den chauvinistischen, ausländerfeindlichen und autoritären Einstellungsmustern entgegen zu kommen, die gerade Auslöser für die Hinwendung zur AfD waren.

Wie bei allen Parteien – im unterschiedlichen Ausmaß – noch Personen mit rechten Einstellungsmustern gebunden sind, so bindet umgekehrt die AfD nicht ausschließlich Personen mit rechten Einstellungen, jedoch weit überwiegend. Die aktuelle Mitte-Studie vermittelt ein durchaus beklemmendes Bild: Einerseits gibt es deutliche Anzeichen für eine schwindende Verbreitung von antidemokratisch-autoritären Einstellungen, andererseits formieren sich die verbliebenen nunmehr verstärkt in einer eigenen politischen Formation. Wachsende Gewaltbereitschaft und Radikalisierung kommen hinzu. Im Vergleich zu 2014 hat sich eine Radikalisierung der Anhängerinnen und Anhänger der AfD vollzogen, in allen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen ist die Zustimmung der AfD-Anhängerschaft gewachsen. Auch dies spricht für die politische Magnetfunktion.

Ob es sich dabei um die Rebellion einer (schwindenden) Minderheit handelt, die sich vom Mainstream bedroht und von den anderen Parteien nicht mehr repräsentiert sieht, ist nicht ausgemacht, solange über die Einstellungsmuster Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Islamophobie sowie über Demokratie-Unzufriedenheit »Brücken« in die Anhängerschaften der anderen Parteien bestehen.

Die Veränderungen in der Zusammensetzung der Personen, die bei der Sonntagsfrage DIE LINKE präferierten, spiegeln in gewisser Weise prototypisch die gesellschaftliche und politische Polarisierung im Land infolge des aufsteigenden Populismus. Die Linkspartei gewinnt an Attraktivität im modernen demokratischen Milieu. Der Anteil von Abiturientinnen und Abiturienten unter den Anhängern steigt; wie die letzten Wahlen zeigen, nicht nur bei der Sonntagsfrage, sondern auch an der Wahlurne.

WASG und Linkspartei.PDS 2005 und DIE LINKE 2009 gewannen von der SPD enttäuschte Wählerinnen und Wähler (der größere Teil der Enttäuschten ging allerdings gar nicht mehr wählen). In Ost- wie Westdeutschland bedeutete dies eine wachsende Zustimmung unter erwerbstätigen Arbeitern und Angestellten, die zuvor die PDS nie erzielen konnte. Spätestens mit der Wahl 2013 war klar, dass es der Linkspartei nicht gelungen ist, diese aus den traditionellen sozialdemokratischen Milieus stammenden Wählerinnen und Wähler dauerhaft an sich zu binden. Ein Teil ging zurück zur SPD, ein Teil blieb der Wahl fern und ein dritter ebenfalls großer Teil in Ost wie West wanderte weiter zur AfD. Nichtwähler stellen, folgt man der Studie, bei aller Differenziertheit der Nichtwählerinnen und Nichtwähler, kein bevorzugt linksaffines Wählersegment dar. Im Gegenteil: Einen durchschnittlichen Nichtwähler an die Wahlurne zu locken, dürfte mit einer hohen Wahrscheinlichkeit nicht zu einer

Stimme für die Linkspartei führen, sondern wahrscheinlicher wäre eine Stimme für die AfD. Die Nähe des durchschnittlichen Nichtwählers zu rechten Einstellungsmustern der AfD ist groß und damit auch die lebensweltliche Distanz zur LINKEN. Das spricht nicht gegen einen Kampf um entschiedene und weniger entschiedene Nichtwähler, wohl aber gegen übertriebene Hoffnungen auf unmittelbaren Stimmenzuwachs. Eher noch besteht eine überbrückbare Distanz zu den Unentschlossenen.